

Joachim Genosko

**Zum Zusammenhang zwischen regionaler
Wirtschaftsstruktur und gewerkschaftlicher Organisation**

Gliederung	Seite
I.	24
II.	25
III.	29
IV.	30
V.	35
Literaturverzeichnis	37

Joachim Genosko

Zum Zusammenhang zwischen regionaler Wirtschaftsstruktur und gewerkschaftlicher Organisierung

I.

Mit einer Reihe von Veröffentlichungen von Harvard-Ökonomen (vgl. z.B. Freeman und Medoff, 1984) sind die Gewerkschaften in den 80er Jahren wieder zu einem wichtigen Bestandteil des (arbeits-)ökonomischen Diskurses geworden. Dieser war schon einmal sehr heftig während der 40er und frühen 50er Jahre mit der Dunlop-Ross-Kontroverse, von der man heute im übrigen glaubt, daß sie so kontrovers gar nicht war (vgl. Kaufman und Martinez-Vazquez, 1987). In den Jahren danach ist die ökonomische Gewerkschaftsforschung fast vollständig zum Erliegen gekommen (Hirsch, Addison und Genosko, 1989, Kapitel 1), bis eben zu den späten 70er und den 80er Jahren. Neben diesem neu erwachten allgemeinen Interesse an der Gewerkschaftsforschung sprechen für die Einbeziehung der Gewerkschaften in eine regionalökonomische Betrachtung zwei weitere Punkte: Zum einen wird der Grad der gewerkschaftlichen Organisierung mitverantwortlich gemacht für das viel beschworene Süd-Nord-Gefälle in der ökonomischen Entwicklung in der Bundesrepublik, zum anderen werden sozio-politische Erklärungen für die regionalen Unterschiede in der gewerkschaftlichen Organisierung angeboten, die vorsichtig ausgedrückt, auf sehr wackeligen Beinen hinsichtlich ihrer Argumentation stehen. So kommt z.B. Pege (1988, S. 27) zu der Hypothese, Gewerkschaften würden sich besonders günstig in unionsregierten Bundesländern entwickeln, da dort die SPD als politische Opposition und auch als Arbeitnehmerpartei abgedankt hätte und somit nur noch starke Gewerkschaften eine echte Opposition bilden.

Im folgenden werde ich zunächst den theoretischen Hintergrund meiner Überlegungen explizieren, daran anschließend stelle ich die Daten und die mit ihnen verbundenen Probleme vor. Hiernach referiere ich die Ergebnisse meiner Schätzungen, aus denen dann abschließend noch einige Schlußfolgerungen gezogen werden.

Bereits an dieser Stelle sei festgehalten, daß insbesondere die empirische Untersuchung noch sehr rudimentären Charakter hat, was vor allem durch die Datenlage verursacht wird, auf die, wie erwähnt, noch einzugehen sein wird.

II.

Als theoretischer Rahmen für eine ökonomische Analyse der regionalen Unterschiede gewerkschaftlicher Organisierung bietet sich die Vorstellung an, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft sei ein Vermögensgut, das den nutzenmaximierenden Arbeitnehmern im Zeitverlauf einen Strom an Dienstleistungen liefert. Dabei ist die Arbeitnehmer-Nachfrage nach gewerkschaftlichen Dienstleistungen eine Funktion des Preises des Vermögensgutes (sprich: des Gewerkschaftsbeitrages), des Einkommens, der Präferenzen und der relativen Preise von Alternativen. Das Angebot an gewerkschaftlichen Dienstleistungen wird bestimmt durch den Angebotspreis, die Organisierungskosten und die Kosten des Angebots der (gewerkschaftlichen) Dienstleistungen. Das Gleichgewichtsniveau der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl wird auf jedem Arbeitsmarkt durch die Interaktion von Nachfrage und Angebot derterminiert. Ich gehe dabei davon aus, daß der Markt für gewerkschaftliche Dienstleistungen im Gleichgewicht ist, so daß die nachgefragten und angebotenen Mengen an gewerkschaftlichen Dienstleistungen identisch sind. Dies macht es möglich, eine reduzierte Form des Modells zu schätzen, in der der Strom an gewerkschaftlichen Dienstleistungen eine Funktion der exogenen Variablen des Modells ist. Ein wesentlicher Vorteil besteht dann darin, daß damit die Preisvariablen, für die nur schwer Daten zu beschaffen wären, aus dem Modell herausfallen. Das verwendete Modell ist sicherlich in mancherlei Hinsicht sehr vereinfacht und unrealistisch, aber es bietet einen nützlichen Rahmen, um die wichtigsten Determinanten der gewerkschaftlichen Organisierung analysieren und interpretieren zu können.

Wenn man das Modell testen will, dann ist es notwendig, das Modell genauer zu spezifizieren. Die Faktoren, die vermutlich die gewerkschaftliche Organisierung innerhalb des Angebot-Nachfrage-Rahmens beeinflussen werden, werden nun eingehender diskutiert (Hirsch, 1980, S. 148).

Handelt es sich bei den gewerkschaftlichen Dienstleistungen um ein normales Gut, so impliziert die Konsum-Theorie, daß die Nachfrage nach solchen Dienstleistungen mit dem Einkommen steigen wird. Allerdings werden, und dies ist vor allem für den empirischen Test bedeutsam, gewerkschaftliche Organisierung und Einkommen simultan bestimmt: Höhere Einkommen fördern nämlich nicht nur die Neigung, einer Gewerkschaft beizutreten, sondern ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad kann auch zu höheren Einkommen führen. Es ist deshalb angebracht, die Festlegung der Einkom-

men und der gewerkschaftlichen Organisation simultan zu schätzen. Das Simultanitäts-Problem ist jedoch nicht so gravierend bei der Verwendung von Aggregatdaten.

Die Nutzen, die aus der gewerkschaftlichen Organisation gezogen werden, wie die Kosten der gewerkschaftlichen Organisation hängen auch von den verschiedenartigen Eigenschaften der Beschäftigten ab, wie z.B. dem Alter oder dem Geschlecht oder der Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe. Auch die Präferenzen für oder gegen eine gewerkschaftliche Organisation werden zwischen den Arbeitnehmern gemäß deren unterschiedlichen Merkmalen differieren. So dürften beispielsweise Angestellte eine geringere Neigung als (Produktions-) Arbeiter haben, gewerkschaftliche Dienste in Anspruch zu nehmen. Die Gründe hierfür könnten in der größeren betrieblichen oder arbeitsmarktlichen Mobilität der Angestellten (vgl. z.B. Genosko, 1980), in deren stärkeren Qualifikationsdifferenzierung oder in deren höherer Wahrscheinlichkeit von Teilzeit-Arbeit liegen. Der Anteil der Angestellten (und Beamten) an den Beschäftigten dürfte deshalb negativ mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad korreliert sein.

Eine ähnliche Beziehung dürfte zwischen dem Frauenanteil und der gewerkschaftlichen Organisation bestehen. Frauen haben im Durchschnitt eine geringere Bindung an den Arbeitsmarkt und an bestimmte Karriereleitern, weswegen ihr erwarteter Nutzen (insbesondere der Nichtlohn-Nutzen) aus einer Gewerkschaftsmitgliedschaft gering und die Kosten ihrer Organisation relativ hoch sein werden. Dabei sollte man jedoch auch berücksichtigen, daß Frauen häufig an Arbeitsplätzen und in Wirtschaftszweigen beschäftigt sind, die sich durch einen vergleichsweise kleinen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auszeichnen. Die hier skizzierten Hemmnisse der gewerkschaftlichen Organisation von Frauen werden allerdings durch das neue emanzipatorische Bewußtsein der Frauen modifiziert. So zeigt sich z.B. in der Bundesrepublik, daß es vor allem Frauen sind, die die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen relativ konstant halten und einen Einbruch verhindern (Pege, 1988, S. 14 ff). Diese Entwicklung wird sich in der hier vorgelegten Querschnittsuntersuchung noch kaum niederschlagen; um sie verifizieren zu können, müßte man die Querschnitts- mit einer Zeitreihenanalyse kombinieren.

Auch die Haltungen und Einstellungen sowohl von Arbeitnehmern, wie auch von Arbeitgebern gegenüber den Gewerkschaften wirken sich auf das Gleichgewichtsniveau der gewerkschaftlichen Organisation aus. Die Haltung der Arbeitnehmer beeinflusst sowohl die Nachfrage nach gewerkschaftlichen Dienstleistungen, als auch das Angebot an diesen Dienstleistungen (über ihren Effekt auf die Organisierungskosten). Ebenso haben die Einstellungen der Arbeitgeber Konsequenzen für die Organisierungskosten

und für die Erträge, die sich Arbeitnehmer aus einer gewerkschaftlichen Organisation erwarten können. Da Einstellungen und Haltungen nicht einfach zu messen und zu quantifizieren sind, wird eine Näherungsgröße verwendet werden müssen, auf die ich weiter unten noch eingehen werde. Dabei kann es durchaus sein, daß diese Näherungsgröße noch andere regionale Unterschiede einfängt, als nur die Unterschiede in den Haltungen und Einstellungen.

Des weiteren soll auch die Hypothese geprüft werden, die gewerkschaftliche Organisation stehe in inverser Relation zu dem Bevölkerungswachstum einer Region. In der amerikanischen Literatur (z.B. Hirsch, 1980, S. 151) wird dies damit begründet, daß ein rasches Bevölkerungswachstum auf Arbeitnehmer schließen lasse, die relativ mobil sind und eine geringe Arbeitsplatzbindung haben. Beide Tatsachen vermindern die Nachfrage nach gewerkschaftlicher Organisation und vergrößern die Organisierungskosten. Zudem trägt die säkulare Abnahme, so wird argumentiert, der gewerkschaftlichen Organisation dazu bei, auch die regionalen Prozentanteile der gewerkschaftlich Organisierten zu senken.

Generell ist zum Verhältnis zwischen Wirtschaftsstruktur und gewerkschaftlicher Organisation anzumerken, daß letztere in denjenigen Wirtschaftszweigen am höchsten sein wird, wo die Organisierungskosten am niedrigsten und die erwarteten Erträge aus der gewerkschaftlichen Organisation (z.B. in Form von Lohnvorteilen) am größten sind. Konkretisiert man diese Aussage, so ist hierbei zunächst an den Konzentrationsgrad eines Wirtschaftszweiges zu denken. Unternehmen in stark konzentrierten Wirtschaftszweigen werden relativ "kostengünstig" gewerkschaftlich zu organisieren sein, da solche Wirtschaftszweige im allgemeinen durch wenige Unternehmen, durch Massenproduktion und durch weniger Betriebe, die noch dazu räumlich weniger gestreut sein dürften, gekennzeichnet sind. Im Gegensatz dazu stehen die hohen Organisierungskosten in wettbewerbsintensiven Wirtschaftszweigen, die durch zahlreiche Unternehmen mit einer Produktion relativ kleiner Stückgrößen und durch weit gestreute Betriebsstätten charakterisiert sind.

Möchte man eine Aussage über die erwarteten Erträge aus der gewerkschaftlichen Organisation treffen, oder anders ausgedrückt, beurteilen, inwieweit Gewerkschaften Lohn- und Nichtlohn-Vorteile bei den Arbeitgebern erzielen können, dann sollte man die Nachfrageelastizität nach Arbeit in Betracht ziehen. Die Gewerkschaften sind prinzipiell dort bei der Organisation erfolgreicher, wo die Beschäftigung relativ insensitiv gegenüber Lohnänderungen ist. Zudem können sie in solchen Situationen auch leichter hö-

here Löhne durchsetzen. Die Nachfrageelastizität nach Arbeit wird um so kleiner sein, je schwieriger es für Unternehmen ist, Arbeit in der Produktion zu substituieren und je schwieriger es für Haushalte ist, Güter zu ersetzen. Wenn man diese Aussage präziser faßt, dann heißt dies, die Nachfrage nach Arbeit ist um so unelastischer,

- je kleiner die Nachfrageelastizität nach dem Endprodukt,
- je kleiner die Substitutionselastizität,
- je kleiner das Verhältnis von Arbeitskosten zu anderen Kosten,
- je kleiner die Elastizität des Angebots an substitutiven Faktoren und
- je kürzer die betrachtete Zeitperiode ist.

Berücksichtigt man diese Annahmen, so ist es evident, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer nicht unerheblich zwischen Unternehmen in verschiedenen Wirtschaftszweigen differieren wird. So läßt sich vermuten, die gewerkschaftliche Organisation sei in konzentrierten Wirtschaftszweigen größer, in denen die Nachfrageelastizität nach Arbeit häufig relativ kleiner ist als bei Unternehmen, die einem intensiven Wettbewerb ausgesetzt sind. Des weiteren werden sich Gewerkschaften unter solchen Umständen einer unelastischeren Nachfrage gegenüber sehen, bei denen die Arbeitskosten nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten ausmachen. Dies läßt den Schluß zu, die gewerkschaftliche Organisation sei in relativ kapitalintensiven Unternehmen höher. Kapitalintensive Unternehmen oder Unternehmen mit hohen Fixkosten werden im übrigen auch weniger standortmobil sein.

Bestehen zwischen den Wirtschaftszweigen auch Unterschiede in den Substitutionselastizitäten, so werden sich diese ebenfalls in den Nachfrageelastizitäten niederschlagen. Empirische Befunde zeigen, daß im Schnitt hochqualifizierte Arbeit und Kapital komplementär sind. Folglich wird die Nachfrageelastizität tendenziell kleiner und damit die Gewerkschaftsmacht in Unternehmen in relativ kapitalintensiven Wirtschaftszweigen größer sein. Schließlich wird die Arbeitsnachfrage auch dort relativ unelastisch sein, wo die Arbeit-Inputs sehr spezialisiert sind und deshalb die Ersetzung der gewerkschaftlich organisierten Arbeit durch andere Faktoren ziemlich schwierig ist.

Die Beziehung zwischen der gewerkschaftlichen Organisation und der Wirtschaftsstruktur ist nun nicht einfach zu messen. Verwendet man hochaggregierte Wirtschaftsgruppen, so werden möglicherweise Unterschiede im gewerkschaftlichen Organisationsgrad innerhalb der Gruppen verschleiert. Verwendet man umgekehrt eine zu detaillierte Gliederung, dann werden Unterschiede der anderen exogenen Variablen des Mo-

dells eingefangen, die mit den Wirtschaftszweig-Variablen eng korreliert sind. Im vorliegenden Aufsatz werden hochaggregierte, zweistellige Wirtschaftsgruppen verwendet. Dies läßt zwar manches verlorengehen, was in der Theorie festgehalten worden ist, aber diese Vorgehensweise erlaubt eine genauere Schätzung. An dieser Stelle sei auch noch darauf hingewiesen, daß für den Grad der gewerkschaftlichen Organisation auch die öffentliche Regulierung eines Wirtschaftszweiges von Bedeutung ist.

III.

Bei den Daten, die im nächsten Abschnitt zur Schätzung verwendet werden, handelt es sich durchwegs um öffentlich zugängliche Daten. Die regionalen gewerkschaftlichen Organisationsgrade sind dem Aufsatz von Löhlein (1988) entnommen. Sie beschränken sich auf die DGB-Landesbezirke, d.h. andere gewerkschaftliche Organisationen wie die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) oder der Christliche Gewerkschaftsbund werden nicht erfaßt, was allerdings nur für die DAG von größerer Bedeutsamkeit ist. Der DGB gliedert sich in neun Landesbezirke, nämlich in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin (West), Hessen, Niedersachsen-Bremen, Nordmark (Schleswig-Holstein/Hamburg), Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saar.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, in einem kurzen Exkurs auf die statistischen Probleme, die mit gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen und mit gewerkschaftlichen Organisationsgraden verbunden sind, einzugehen. Die statistischen Fehlerquellen bei den Gewerkschaftsmitgliederzahlen beruhen zum ersten darauf, daß die Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen mit unterschiedlichen Methoden und unterschiedlicher Genauigkeit sowie zu verschiedenen Jahreszeiten ermitteln. Zum zweiten werden teilweise auch nicht aktive Mitglieder, wie Rentner, Studenten und Wehrdienstleistende, in die Mitgliederzahlen einbezogen, was diese überhöht, (vgl. Schnabel, 1989, S. 12 f.). Löhlein (1984, S. 37) weist darüber hinaus darauf hin, daß auch die Bezugsgrößen der Mitgliederzahlen zur Errechnung der Organisationsgrade recht unterschiedlich ausfallen können. Selbst wenn man sich auf die "abhängig Erwerbstätigen" als Bezugsgröße festlegt, verbleiben immer noch zwei Zahlenreihen zur Auswahl: nämlich die Zahlen aus dem jährlichen "Mikrozensus" und die "Jahresdurchschnittszahlen", wie sie von dem Statistischen Bundesamt ausgewiesen werden. Je nachdem, welche Bezugsreihe man wählt, unterscheiden sich die Organisationsgrade um bis zu zwei Prozentpunkte.

Die unabhängigen Variablen Angestelltenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Frauenanteil an der gleichen Bezugsgröße, monatliches regionales (gewichtetes) Arbeitseinkommen von Arbeitern und Angestellten, die Rate der Bevölkerungsveränderung (sie umfaßt nur die Migration) sowie die Beschäftigtenanteile verschiedener Wirtschaftsgruppen (Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, Energiewirtschaft und Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) basieren auf Daten aus den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), aus dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland sowie auf eigenen Berechnungen.

Die Problematik der Schätzung besteht nun vor allem darin, daß bei einer Querschnittsschätzung nur 9 Beobachtungen anfallen, hingegen aber 14 unabhängige Variable erfaßt werden sollen. Da dies ökonomisch nicht bzw. nur schwer handhabbar ist, werden im folgenden unterteilte Querschnittsschätzungen vorgenommen. Bei einer weiteren Beschäftigung mit dieser Thematik wird es notwendig sein, Querschnitts- und Zeitreihenschätzungen miteinander zu verknüpfen.

IV.

Zur empirischen Überprüfung der in Abschnitt II entwickelten theoretischen Zusammenhänge ist eine Querschnittsschätzung auf der Basis des OLS-Verfahrens durchgeführt worden. Um die Simultanität von gewerkschaftlicher Organisation und Höhe des regionalen Arbeitseinkommens in den Griff zu bekommen, ist auch eine 2 SLS-Schätzung vorgenommen worden. Im einzelnen werden folgende Gleichungen geschätzt:

$$(1a) \text{ RGO} = \alpha_0 + \alpha_1 \text{ AEINK} + \alpha_2 \text{ ANGANT} + \alpha_3 \text{ FANT} + \alpha_4 \text{ BEVÄND} + e_{1a}$$

$$(1b) \text{ RGO} = \beta_0 + \beta_1 \text{ LA} + \beta_2 \text{ EB} + \beta_3 \text{ VG} + \beta_4 \text{ BG} + e_{1b}$$

$$(1c) \text{ RGO} = \mu + \mu_1 \text{ HA} + \mu_2 \text{ VK} + \mu_3 \text{ KV} + \mu_4 \text{ DL} + e_{1c}$$

$$(1d) \text{ RGO} = \pi_0 + \pi_1 \text{ GKS} + \pi_2 \text{ EINST} + e_{1d}$$

$$(2) \text{ AEINK}_G = \delta_0 + \delta_1 \text{ RGO} + \delta_2 \text{ ANGANT} + \delta_3 \text{ FANT} + \delta_4 \text{ BEVÄND} + e_2$$

$$(3) \text{ RGO} = \sigma_0 + \sigma_1 \text{ AEINK}_G + \sigma_2 \text{ ANGANT} + \sigma_3 \text{ FANT} + \sigma_4 \text{ BEVÄND} + e_3,$$

wobei RGO die Organisationsgrade bezeichnet, AEINK die Arbeitseinkommen, ANGANT die Angestelltenanteile, FANT die Frauenanteile, BEVÄND die Raten des Bevölkerungswachstums, LA den Beschäftigtenanteil von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, EB den Beschäftigtenanteil von Energiewirtschaft und Bergbau, VG den Beschäftigtenanteil des Verarbeitenden Gewerbes, BG den Beschäftigtenanteil des Baugewerbes, HA den Beschäftigtenanteil des Handels, VK den Beschäftigtenanteil von Verkehr und Kommunikation, KV den Beschäftigtenanteil von Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe, DL den Beschäftigtenanteil der sonstigen Dienstleistungen sowie GKS den Beschäftigtenanteil der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Die Variable AEINK_G beschreibt das geschätzte Arbeitseinkommen, wie es sich aus der Gleichung (2) ergibt. Die Variable EINST soll die Haltungen und Einstellungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaften angeben. Es wird unterstellt, daß sich die Einstellungen und Haltungen aus den Wahlergebnissen ableiten lassen. Deswegen handelt es sich bei der Variablen EINST um eine Dummy-Variable, die den Wert 1 bei einem unionsgeführten Bundesland und den Wert 0 ansonsten hat (im Falle Niedersachsen-Bremen und Schleswig-Holstein/Hamburg wird der Wert 1 gesetzt, wegen des Überwiegens der Flächenstaaten). In allen Fällen handelt es sich um regionalisierte Variable, die sich auf das Jahr 1985 beziehen.

In der folgenden Übersicht sind die Schätzergebnisse zusammengestellt, wobei die t-Werte in Klammern stehen und die Absolutglieder weggelassen sind.

	AEINK	ANGANT	FANT	BEVÄND	R ²
RGO	0,032	-35,508	-112,963	3,507	0,848
	(1,211)	(0,417)	(1,613)	(0,715)	
	LA	EB	VG	BG	R ²
RGO	2,546	2,523	0,021	-5,108	0,973
	(1,499)	(6,851)	(0,201)	(3,218)	
	HA	VK	KV	DL	R ²
RGO	-3,862	12,593	-13,951	-3,281	0,256
	(0,529)	(0,933)	(1,049)	(1,114)	
	GKS	EINST			R ²
RGO	19,915	-12,152			0,494
	(0,122)	(2,191)			
	RGO	ANGANT	FANT	BEVÄND	R ²
AEINK _G	8,309	2064,925	-56,892	2,415	0,768
	(1,211)	(2,201)	(0,039)	(0,029)	
	AEINK _G				
	0,120				
RGO	(5,44)				

Angesichts der Daten- bzw. Schätzsituation (9 Beobachtungen bei 14 unabhängigen Variablen) ist es keineswegs überraschend, daß die meisten der unabhängigen Variablen keinen signifikanten Koeffizienten aufweisen; die Querschnittsschätzung ist sozusagen "überbeansprucht". Dennoch zeigen zumindest manche Vorzeichen interessante Tendenzen, die es wert erscheinen lassen, sich mit ihnen etwas näher auseinanderzusetzen.

Zunächst ist es aufgrund der theoretischen Überlegungen keineswegs überraschend, daß der Angestellten- und der Frauenanteil in negativer Beziehung zum jeweiligen gewerkschaftlichen Organisationsgrad steht. Durchaus von den theoretischen Überlegungen abweichend ist jedoch das Vorzeichen der Raten der Bevölkerungsveränderungen. Eine mögliche (zugestandenermaßen sehr spekulative) Begründung könnte darin liegen, daß die Migration, auf der wie erinnerlich die Bevölkerungsveränderungen

fußt, sehr stark von der Zuwanderung von außerhalb der Bundesrepublik geprägt wird. Ausländische Arbeitnehmer weisen aber, bedingt durch ihre besondere Situation und bedingt durch die Tatsache, daß sich ihrer die Gewerkschaften besonders annehmen, eine starke Neigung zur gewerkschaftlichen Organisierung auf. Nur die gewerkschaftliche Organisierung ermöglicht ihnen eine im weitesten Sinne "politische" Einflußnahme auf ihre Arbeitsbedingungen. Auch der Koeffizient der regionalen Arbeitseinkommen weist gemäß den theoretischen Überlegungen das "richtige" Vorzeichen auf: Gewerkschaftliche Dienstleistungen sind demnach tatsächlich ein normales Gut. Auf die regionalen Arbeitseinkommen und ihren Koeffizienten werde ich weiter unten nochmals zurückkommen.

Wendet man sich dem Komplex der Wirtschaftsstruktur zu, dessen Effekt auf die regionalen gewerkschaftlichen Organisationsgrade in den Gleichungen (1b - 1d) getestet wird, so sind zunächst das hochsignifikant positive Vorzeichen für die Wirtschaftsgruppe Energiewirtschaft und Bergbau auffällig sowie das signifikant negative Vorzeichen des Baugewerbes. Das positive Vorzeichen der Gruppe Energiewirtschaft und Bergbau ist vollständig konsistent mit meinen theoretischen Überlegungen, da es sich hier um eine Wirtschaftsgruppe mit hohem Konzentrationsgrad und starker staatlicher Regulierung handelt. Beides senkt die gewerkschaftlichen Organisierungskosten und läßt vor allem hohe Erträge aus der gewerkschaftlichen Organisierung erwarten. Die Bauwirtschaft in der Bundesrepublik hingegen ist eher handwerklich und mittelständisch strukturiert, ist also durch eine breite betriebliche Streuung und durch einen potentiell intensiven Wettbewerb (dafür sprechen die immer wieder aufgedeckten unerlaubten Kartellabsprachen in dieser Wirtschaftsgruppe) gekennzeichnet. Wie in Abschnitt II ausgeführt, bedeutet dies hohe gewerkschaftliche Organisierungskosten sowie höchst unsichere und noch dazu vermutlich relativ geringe Erträge aus der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

Durchaus im Einklang mit den theoretischen Ableitungen steht das positive Vorzeichen des Koeffizienten der Wirtschaftsgruppe "Verarbeitendes Gewerbe", der jedoch nicht signifikant ist. Sicherlich hätte man hier noch präzisere Ergebnisse erhalten, wenn man das Verarbeitende Gewerbe in einzelne Wirtschaftszweige aufgespalten hätte, aber dies hätte die Möglichkeiten der ökonometrischen Schätzungen nur noch zusätzlich erschwert. Zur Begründung des positiven Vorzeichens bei dem Verarbeitenden Gewerbe sei auf die Ausführungen zur Wirtschaftsgruppe Energiewirtschaft und Bergbau verwiesen.

Aus dem Rahmen der Theorie fällt das positive Vorzeichen des Koeffizienten der Wirtschaftsgruppe Land-, Forstwirtschaft und Fischerei. Die Intuition spricht dagegen diese Wirtschaftsgruppe (durchgängig) als stark konzentriert und folglich wenig wettbewerbsintensiv zu charakterisieren. Eher würde man diese Wirtschaftsgruppe als relativ stark dispers einschätzen. Davon ausgehend läßt sich jedenfalls im Moment keine einleuchtende Erklärung für dieses Vorzeichen anbieten. Möglicherweise treten jedoch methodenbedingte Verzerrungen auf, da bei einer Einfachregression zwischen den regionalen gewerkschaftlichen Organisationsgraden und den regionalen Beschäftigtenanteilen der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, die hier nicht wiedergegeben wird, das Vorzeichen negativ, wenn auch nicht signifikant ist.

Erwartungsgemäß weisen die Koeffizienten der Wirtschaftsgruppen Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie sonstige Dienstleistungen negative Vorzeichen auf. Zwar kennzeichnet den Handel durchaus ein ansehnlicher Konzentrationsgrad, aber die Arbeitsplätze im Handel werden zum weit überwiegenden Teil von Frauen besetzt, die zudem häufig noch in Teilzeitarbeit tätig sind - beide Umstände sprechen nicht für eine ausgedehnte Gewerkschaftsmitgliedschaft. Bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe ist davon auszugehen, daß der Angestelltenanteil relativ hoch ist, was ebenfalls gegen eine gewerkschaftliche Organisation spricht. Zudem sind die Betriebsstätten räumlich gestreut. Letzteres gilt insbesondere auch für die sonstigen Dienstleistungen. Wegen ihrer spezifischen Merkmale (kleinbetriebliche Struktur, hoher Angestelltenanteil, räumliche Streuung) ist ihre Organisation durch die Gewerkschaften schwierig und aufwendig; zudem werden die Erträge für die Gewerkschaftsmitglieder nicht so reizvoll sein, um unbedingt einen Beitritt zu einer Gewerkschaft zu initiieren.

Ebensowenig überrascht das positive Vorzeichen für die Wirtschaftsgruppe Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Kommunikation). Diese Wirtschaftsgruppe wird durch zwei Merkmale, nämlich eine relativ starke Konzentration (Bundesbahn und Bundespost sind staatliche Monopolunternehmen) und eine ausgeprägte staatliche Regulierung gekennzeichnet, die die gewerkschaftliche Organisation erleichtern und die gewerkschaftlich induzierten Erträge wachsen lassen. Relativ stark konzentrierte Wirtschaftszweige haben zum einen Arbeitnehmer, die vergleichsweise homogene Präferenzen haben - was die Organisationskosten senkt -, und sie erleichtern es den Gewerkschaften, Renten abzuschöpfen - also hohe Erträge der Gewerkschaftsmitgliedschaft zu garantieren.

In ähnlicher Weise läßt sich auch das positive Vorzeichen für den Koeffizienten der "Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung" interpretieren, weswegen hierauf nicht mehr in allen Einzelheiten eingegangen werden soll.

Des weiteren wird noch zu testen versucht, welche Auswirkungen Einstellungen und Haltungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu den Gewerkschaften auf die gewerkschaftliche Organisation haben. Zwar ist die benutzte Dummy-Variable nur eine recht grobe Näherungsgröße, dennoch zeigt sie das erwartete negative Vorzeichen: In Bundesländern, deren Wahlergebnisse eine eher konservative Grundströmung erkennen lassen, sind die Grade der gewerkschaftlichen Organisation tendenziell niedriger. In diesem Zusammenhang wäre es, in Parthese angemerkt, interessant, zu einem späteren Zeitpunkt zu untersuchen, ob und wie sich Regierungswechsel auf die gewerkschaftliche Organisation ausgewirkt haben.

Wie bereits in Abschnitt II erwähnt, existiert zwischen dem regionalen Arbeitseinkommen und der gewerkschaftlichen Organisation eine Simultanbeziehung. Deshalb werden in Gleichung (2) zunächst die regionalen Arbeitseinkommen geschätzt, wobei diese geschätzten regionalen Arbeitseinkommen dann erneut in die Schätzung der regionalen gewerkschaftlichen Organisationsgrade eingesetzt werden (Gleichung 3). Aus beiden Gleichungen ergibt sich eindeutig, daß die Beziehung zwischen regionalen Arbeitseinkommen und regionalen gewerkschaftlichen Organisationsgraden deutlich stärker ist als die umgekehrte Beziehung. M.a.W.: Die gewerkschaftlichen Organisationsgrade determinieren sehr viel stärker die regionalen Arbeitseinkommen als sich vice versa die regionalen Arbeitseinkommen auf die regionalen Nachfragen nach gewerkschaftlichen Service-Leistungen auswirken.

V.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus den in Abschnitt IV vorgestellten Ergebnissen ziehen? Zunächst wird m.E. offenkundig, daß ökonomische Begründungen deutlich mehr zur Erklärung der Varianz der regionalen gewerkschaftlichen Organisationsgrade beitragen als die sozio-politischen Ansätze. Innerhalb der ökonomischen Begründungen ist wiederum die "industrial composition" einer Region am wichtigsten; sie produziert die einzigen signifikanten Vorzeichen in den vorgenommenen Schätzungen. Im übrigen wird diese Behauptung auch noch dadurch unterstrichen, daß das Bestimmtheitsmaß der Gleichung (1b) mit 0,973 deutlich höher ausfällt als dasjenige der Gleichung

chung (1a) mit 0,848. Differenzen in der gewerkschaftlichen Organisierung scheinen demnach weniger ein regionales, denn ein sektorales "Problem" zu sein. Dennoch dürfte für die regionalwissenschaftliche Betrachtung am wichtigsten sein, daß die regionalen Arbeitseinkommen deutlich von dem jeweiligen gewerkschaftlichen Organisationsgrad beeinflußt werden. Anders ausgedrückt, es scheint auf Grund dieses Ergebnisses nicht völlig unwahrscheinlich zu sein, daß zumindest einige Arbeitgeber ihre Produktionen in südliche Bundesländer (wie beispielsweise Baden-Württemberg oder Bayern) verlegen, weil diese DGB-Landesbezirke einen deutlich unterdurchschnittlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen (Bundesdurchschnitt 1985: 34,1; Baden-Württemberg 1985: 30,4; Bayern 1985: 24,1), d.h. weil sie dort weniger von Gewerkschaften "belästigt" werden. Gerade letzteres Ergebnis macht es aber notwendig, innerhalb der regionalen Arbeitsmarktforschung den Gewerkschaften vermehrte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Literaturverzeichnis

- Freeman, R. B. und J. L. Medoff (1984), *What Do Unions Do?*, New York
- Genosko, J. (1980), Zur Selektivität räumlicher Mobilität, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 32
- Hirsch, B. T. (1980), The Determinants of Unionization: An Analysis of Interarea Differences, *Industrial and Labor Relations Review* 33
- Hirsch, B. T., J. T. Addison und J. Genosko (1989), Eine ökonomische Analyse der Gewerkschaften, Regensburg
- Kaufman, B. E. und J. Martinez-Vazquez (1987), The Ross-Dunlop Debate and Wage Concessions: A Median Voter Analysis, *Journal of Labor Research* 8
- Löhrlein, K. (1984), Mitgliederzahlen, in: Kittner, M. (Hrsg.), *Gewerkschaftsjahrbuch 1984*, Köln
- Löhrlein, K. (1988), Mitgliederzahlen: Entwicklung und Verteilung der Gewerkschaftsmitglieder in den DGB-Landesbezirken, in: Kittner, M. (Hrsg.), *Gewerkschaftsjahrbuch 1988*
- Pege, W. (1988), Stagnation oder Resignation?, *gewerkschaftsreport* 5
- Schnabel, C. (1989), Zur ökonomischen Analyse der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main usw.